

Im Widerstand gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens und der Verminderung des Fluglärms haben Offenbacher FluglärmgegnerInnen stets eine wichtige Rolle gespielt. Denn Offenbach gab schon lange vor dem Beginn des Baus der Landebahn Nord-West den Anstoß zur Aktion „Menschenkette“, die nach Ansicht vieler Beobachter die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts über das Nachtflugverbot positiv beeinflusste. Nach nunmehr viereinhalb Jahren vielfältiger Aktionen, wie z.B. Menschenkette, „Rote Karten-Aktion“ zum Bundesverwaltungsgericht, Deckelparade ..., soll die Kommunalwahl am 6. März ein weiterer Anlass im Kampf gegen den Fluglärm und weitere Belastungen sein.

Uns sind vorab zwei Punkte wichtig:

- Mit den Antworten auf die 5 „Wahlprüfsteine“, die den Parteien vorgelegt wurden, setzt eine Initiative aus dem Kreis des Bündnisses „Menschenkette“ die Fluglärmthematik auf die Tagesordnung der Wahldebatten. Wenn auch andere Themen wie Flüchtlingskrise, Wirtschaftsentwicklung, finanzielle Probleme, Masterplan, Mangel an (bezahlbaren) Wohnungen ... den Kommunalwahlkampf dominieren, so ist es uns wichtig, Wohn- und Lebensqualität und eine nachhaltige, gesunde Umwelt zu betonen. – Hier spielt die Reduktion der Belastungen aus dem Luftverkehr in Offenbach eine entscheidende Rolle.  
**Deshalb unser Focus auf diesem Aspekt. Weniger Fluglärm über Offenbach: kein Ziel nur für umweltpolitische Sonntagsreden. Auch in der praktischen Arbeit der kommenden Wahlperiode darf dieser Punkt nicht untergehen.**
- Bei aller Wichtigkeit der Arbeit in den „Fluglärmgremien“ und Anstrengungen der Kommunalpolitik, Offenbacher Positionen in den Parteien auf Landesebene zur Wirkung zu bringen: **Unabdingbar ist es, auch weiterhin Kommunalpolitik für gemeinsame Anstrengungen mit den Betroffenen zu gewinnen und zu mobilisieren.** In letzter Zeit war das nicht immer so. (siehe auch bei Wahlprüfstein 5)

**Zu den Antworten im Einzelnen:**

***Wahlprüfstein 1:*** *Inwieweit sehen Sie im „Lärmpausenmodell“ eine signifikante Erleichterung für die Offenbacher Bevölkerung?*

Da das „Lärmpausenmodell“ aus dem Hessischen Wirtschaftsministerium kommt, war anzunehmen, dass es von der CDU (Optimierung des Schallschutzes) und den Grünen gelobt, aber von der Opposition (hier SPD und FDP) abgelehnt würde. Diese Vermutung wurde auch bestätigt – bis auf die Antwort der Grünen: sie reagierten überraschenderweise mit Skepsis und beabsichtigen, die „Ergebnisse des Probetriebs kritisch (zu) prüfen und mit den Betroffenen öffentlich (zu) diskutieren“.

***Uns stellt sich die Frage: Wie geht es nach dem Probetrieb weiter, wie kommen wir von den „Lärmpausen“ (Verschiebung des Lärms) zur wirklichen Nachtruhe von 22:00 bis 06:00 für alle?***

**Wahlprüfstein 2:** Für welche Forderungen der 10-Punkte-Liste (Beschluss der Stv.-Vers. vom 12.09.2013 DS I(A)033) ist die Partei bisher politisch initiativ geworden? Mit welchen Mitteln ist das geschehen? Wie war der Erfolg? Wie sehen Sie das in naher Zukunft?

Die SPD betont in ihrer Antwort, wie übrigens auch Grüne und FDP, ihr Eintreten für die Entlastung von Fluglärm in überörtlichen Gremien, in gerichtlichen Klageverfahren wie auch Aufklärung in ihren hessischen Gremien. Die CDU signalisiert grundsätzliche Zustimmung, betont aber wie auch andere Parteien in 1. Linie die Verantwortung des Magistrats für das erfolgreiche Eintreten für die Fluglärminderung. Die Grünen verweisen auf ihren Bürgermeister Schneider, der initiativ für den 10-Punkte-Katalog gewesen sei und ihn ständig weiterentwickle. Einzelne Erfolge werden gesehen (Anhebung Anflugwinkel und Verstetigung Regionalfond).

**Uns stellt sich u.a. die Frage:** Wie verträgt sich die Forderung nach Bewegungsdeckelung bei 300.000 Flugbew./Jahr mit der Forderung nach einer Lärmobergrenze? Wie ist das zu verknüpfen?

---

**Wahlprüfstein 3:** Wie bewerten Sie die Offenbacher Erfahrungen in der Mitarbeit in Fluglärmgremien wie „Fluglärmkommission“ oder „Forum Flughafen und Region“?

Die **CDU** vertraut den Berichten des Magistrats aus der FLK. Verweist auf andere Gremien, in denen das Thema Fluglärm diskutiert wird.

**SPD, GRUENE und FDP** betonen die Wichtigkeit, sich in den Gremien einzubringen.

**SPD** unterstützt konkrete Vorschläge der FLK wie Anhebung des lärmabhängigen Entgeltanteils.

**GRUENE** schätzt die Informationen aus der FLK. Betont die Notwendigkeit sich mit Parteien, Bls, Verbänden und Institutionen auszutauschen. Ziel: in der Stadt sollen alle an einem Strang ziehen.

**FDP** hofft u.a. auf Verständigung innerhalb der FLK auf gemeinsame Projekte, die zielstrebig zu verfolgen sind.

**Für uns stellt sich nach wie vor die Frage:** Wie kann die Bewertung der Offenbacher Erfahrungen in den Fluglärmgremien und mit den Parteien auf Landesebene mit dem Engagement der betroffenen Menschen innerhalb und außerhalb der Bürgerinitiativen besser verknüpft werden? Was kann getan werden, damit der Protest in Offenbach wieder lauter und vor allem wirkungsvoller wird? (s.o). Die Menschen halten u.a. mit den Montagsdemonstrationen einen gewissen Druck aufrecht. Kommunalpolitik muss stärker mobilisieren / motivieren.

---

**Wahlprüfstein 4:** Wie beurteilen Sie die Ergebnisse der NORAH-Studie zu den Themen „Lernleistungen der Grundschüler“, „Beeinträchtigung des Herz-Kreislauf-Systems“ und „Depression“?

**CDU:** Schreibt, dass der ungestörte Schlaf der Offenbacher Bevölkerung, insbesondere Kinder, eine besondere Bedeutung hat. Das geltende Nachtflugverbot muss strikt eingehalten werden. Maßnahmen des Lärmschutzes sollten dadurch geprägt sein. Sie weist darauf hin, dass bei der Norah-Studie auch andere Verkehrsmittel, z.B. Autos, Bahn mit einbezogen wurden und nicht nur der Flugbetrieb.

**SPD:** Geht allgemein auf medizinische Studien ein und ist der Meinung, dass die Lärmbelastung durch neue Gesetze geändert werden müssen. Sie fordern auch eine Lärmobergrenze.

**Grüne:** Benennen konkret die Norah-Studie und kämpfen weiterhin, um die Lärmbelastung zu reduzieren.

**FDP:** Die FDP geht gezielt auf die Norah-Studie ein und meint, dass diese Ergebnisse wichtig seien für die weitere juristische Auseinandersetzungen. Sie fordern u. a., dass OF und die politischen Initiativen einen besseren Schutz durch Gesetzesänderungen über den Städtetag voranbringen sollten. Die Lärm-Forschung muss zu wissenschaftlichen konsensualen und verwertbaren Ergebnissen weiter geführt werden.

**Fazit:** *Alle Parteien sind für mehr Lärmschutz! Handlungsoptionen werden stärker auf überörtlicher Ebene gesehen. Eine weitere Diskussion auch auf lokaler Ebene halten wir für erforderlich.*

---

**Wahlprüfstein 5:** *Welche Bedeutung messen Sie dem Arbeitsplatzangebot am Flughafen für die **speziellen** Probleme des Offenbacher Ausbildungs- und Arbeitsmarktes zu?*

Alle Parteien (CDU, SPD, Grüne, FDP) sind auf die genaue Fragestellung nicht detailliert eingegangen. (spezielle Arbeits- und Ausbildungsmarktproblematik Offenbach).

**CDU:** Meint, dass die Prosperität der gesamten Region unentbehrlich sei. Gering qualifizierte Arbeitnehmern und Auszubildende auch aus Offenbach hätten dort eine größere Chance, einen Job zu finden.

**SPD:** Auch diese Partei schließt sich den Parteien CDU, FDP an. Sie geben aber auch zu, dass ihnen nicht bekannt ist, wie viele Jugendliche aus Offenbach am Flughafen ausgebildet werden. Das gleiche gilt für Beschäftigte des Flughafenbetreibers, die den Wohnsitz in OF haben. Problematisiert wird der Niedriglohnsektor am Flughafen (Stichwort „Aufstocker“).

**Grüne:** Geben an, dass auch Offenbacher-innen am Flughafen beschäftigt seien, aber das Arbeitsplatzargument darf nicht mit der Gesundheit der Offenbacher Bevölkerung gegeneinander ausgespielt werden.

**FDP:** Die FDP ist der gleichen Auffassung wie die CDU. Sie meinen ebenfalls, dass es auch interessante Möglichkeiten für gut Ausgebildete dort gibt.

**Für uns stellen sich Fragen:** *Ergibt sich nicht aus den Antworten, dass es aktuell Wissenslücken gibt in Bezug auf die Wirkung des Arbeitsplatzangebotes am Flughafen auf Offenbach sowohl quantitativ als auch qualitativ? Gibt es hier nicht Aufklärungsbedarf? Und wie ist die Beseitigung prekärer Arbeitsplätze am Flughafen mit den bildungspolitischen Anstrengungen auf lokaler Ebene zu verknüpfen?*

Für die Initiative aus dem Kreis des Bündnisses Menschenkette Offenbach (BMK)

Eva Reiß	Ingrid Wagner	Hermann Gaffga	Wolfgang Christian
ev. Dekanat OF	Bürgerinitiative Luftverkehr, BIL	ver.di Kreisvorstand OF	DIE LINKE OF

**Anlage: Synopse der Antworten zu den 5 Wahlprüfsteinen**

